



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

FAKULTÄT

FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Stellungnahme des IMPAK-Forschungsprojektes zur Corona-Pandemie und der Situation von Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen

Das IMPAK-Forschungsprojekt untersucht die Handlungsspielräume von Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen, die in Wohnangeboten leben. Dabei geht es uns nicht um spezifisch nach Behinderungsart abgegrenzte Gruppen, sondern um Menschen, deren Lebenssituation nicht erst seit der Corona-Pandemie von besonders hoher sozialer Abhängigkeit, erheblichen Exklusionsrisiken - auch innerhalb des Hilfesystems -, und gravierenden Erschwerungen einer selbstbestimmten und gleichberechtigten Lebensführung gekennzeichnet ist.¹ Es erfolgt also, was den Personenkreis betrifft, im Projekt keine Festlegung auf das Vorhandensein mehrerer, ganz bestimmter Schädigungen, sondern es geht um die Folgen von Beeinträchtigungen für die Lebenschancen.

In der öffentlichen Diskussion über Risiken im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Menschen mit Behinderung insgesamt wenig Beachtung. Gerade die Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen erfordern aber in besonderem Maß Aufmerksamkeit. Sie gehören häufig zu den Risikogruppen und sind besonders gefährdet, im Fall einer Infektion schwer zu erkranken. Für sie sind besondere Schutzmaßnahmen erforderlich; auch benötigen sie unterschiedliche Formen direkter persönlicher Unterstützung im Alltag oder um bestimmte Angebote oder Dienstleistungen wahrnehmen zu können. Abstandsregeln sind dann kaum oder gar nicht umsetzbar. Zusätzlich treten Teilhabe einschränkungen, die für diese Menschen ohnehin bestehen, nun besonders verstärkt hervor. Die soziale Isolation, der Wegfall außerhäuslicher Beschäftigungs-, Bildungs-, Kultur- oder Freizeitangebote, das erzwungene Leben auf der Wohngruppe derjenigen, die in Einrichtungen leben oder die Mehrbelastung von Familien und Angehörigen werden in Berichten und Stellungnahmen als große Problembereiche benannt². Aber auch der Zugang zu gesundheitsrelevanten Informationen ist eingeschränkt, viele Webseiten sind nicht barrierefrei, viele digitale Angebote nicht nutzbar. Generelle Maßnahmen greifen also oft nicht, während die spezifischen Maßnahmen ausbleiben und so Menschen über die erforderlichen Informationen nicht oder nur unzureichend verfügen, wie das Institut für Menschenrechte feststellt³. Auch der Zugang zu Gesundheitsangeboten, seien es barrierefreie Arztpraxen, ambulante Dienste, Therapieleistungen oder Krankenhäusern, ist noch problematischer als ohnehin. Angesichts bestehender gesundheitlicher Probleme wie auch des für

¹ <https://www.ew.uni-hamburg.de/einrichtungen/ew2/behindertenpaedagogik/forschungsprojekte/impak.html>

² <http://dhg-kontakt.de/aktuelles/> >Belange von Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf berücksichtigen. https://beb-ev.de/projekte/aktuelle-informationen-zur-corona-krise/#11_Stellungnahmen.

³ https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Stellungnahmen/Stellungnahme_Das_Recht_auf_gesundheitliche_Versorgung_von_Menschen_mit_Behinderungen_in_der_Corona-Pandemie.pdf.

eine Reihe von Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen erhöhten Gesundheitsrisikos wirken sich hier Schließungen oder Einschränkungen, das Ausbleiben von Assistenzkräften oder das Fehlen von Schutzausrüstungen gravierend aus. All das setzt jetzt die Menschen selbst, aber auch ihre Angehörigen und Familien, die Dienste und MitarbeiterInnen besonderen Risiken aus.

Derzeit sind Einrichtungen, Dienste, Familien und Angehörige mit der Bewältigung der akuten Situation voll ausgelastet und sie finden hierbei vielfältige und kreative Wege, die aber teilweise mit erhöhten Belastungen verbunden sind. Wenig ist empirisch bekannt über die kurzfristigen Auswirkungen der Situation auf das Wohlbefinden und die Lebenslagen der Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen, von Erfahrungsberichten abgesehen⁴. Insbesondere ist aber danach zu fragen, welche längerfristigen Folgen sich für alle Beteiligten und welche Folgeprobleme sich für die Praxis, aber auch gesellschaftlich ergeben. Um mehr über diese Auswirkungen zu erfahren, halten wir empirische Forschung in diesem Bereich für unerlässlich und unterstützen deshalb entsprechende Forschungsaktivitäten und Aufrufe zur Formulierung von Forschungsbedarf. Das IMPAK-Projekt selbst nimmt rechtliche, strukturelle und prozessbezogene Bedingungen der Leistungserbringung in den Blick und fragt nach ihrer Wirkung auf die Handlungsspielräume. Wir gehen davon aus, dass wir mit unseren Ergebnissen auch Erkenntnisse zu den Folgen der Pandemie stützen oder ergänzen können. Gleichzeitig sind aber jetzt und in Zukunft eigens auf diese Fragen gerichtete Untersuchungen erforderlich, die sich den Menschen zuwenden, die im ‚toten Winkel‘ der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen. Das IMPAK-Projekt fordert in diesem Zusammenhang auf, den Blick dabei insbesondere auf die Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen zu richten und hierbei im Sinne der ICF, also unabhängig von der Art der Beeinträchtigung, alle Menschen einzubeziehen, die sich besonders hoher sozialer Abhängigkeit und großen Exklusionsrisiken ausgesetzt sehen. Dabei sollte die Situation der Menschen, die in Wohnangeboten leben, ebenso Berücksichtigung finden wie derjenigen, die in unterschiedlichen Formen allein oder mit Partner*innen bzw. mit eigenen oder ihren Herkunftsfamilien leben.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Stellungnahmen des Lehrstuhls Pädagogik und Rehabilitation für Menschen mit geistiger und schwerer Behinderung der Universität zu Köln⁵ zur Vulnerabilität des Personenkreises und zum Forschungsbedarf, der Deutschen Heilpädagogischen Gesellschaft zu den Belangen von Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf⁶ und die Aktivitäten der Deutschen Gesellschaft für Rehabilitationswissenschaften e.V.⁷ zur Formulierung des Forschungsbedarfes in der Rehabilitation generell. Wir weisen auch auf die Studie der Universität Michigan in Kooperation mit der Hochschule Görlitz „Erwachsene mit und ohne Behinderung“⁸ hin, die die Auswirkungen der Pandemie aus der Sicht von Menschen mit und ohne Behinderung erhebt. Für die Einbeziehung der Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen sind dem Unterstützungsbedarf entsprechend angelegte Studien und methodische Zugänge zur Untersuchung ihrer Situation erforderlich. Der Fragebogen der Studie „Erwachsene mit und ohne Behinderung“ ist für viele

⁴ U.a.: <https://eu1.at/Newsletter/NLOnline.aspx?id=476d5ca967694bbca274d116ce412bdb>

⁵ https://www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Teilhabe/LH-104-41_FZ_Teilhabe_2_2020_COVID19download.pdf

⁶ <http://dhg-kontakt.de/aktuelles/> >Belange von Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf berücksichtigen

⁷ <http://www.dgrw-online.de/aktuelles>

⁸ https://msu.co1.qualtrics.com/jfe/form/SV_88QMXbf6WvdZIUt. Der Link für Soziale Medien ist: <https://tinyurl.com/MSU-COVID-Social>

Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen nur eingeschränkt oder gar nicht nutzbar ist. Dennoch unterstützen wir diese Studie wegen der insgesamt unzureichenden Datenlage und weil wir hoffen, dass dadurch auch die öffentliche Wahrnehmung der Situation des Personenkreises gestärkt wird.

Hamburg, den 11. Mai 2020

Prof. Dr. Iris Beck, Dr. Daniel Franz und das IMPAK-Team: Magdalena Birnbacher, Nicole Franke, Henning Karten, Marie Marten, Jessica Meyn, Katharina Sipsis.